



HESSISCHER LANDTAG

01. 12. 2010

*Dem
Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr
überwiesen*

**Antrag
der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
betreffend Anhörung zum Fluglärmmonitoring - Durchführung
einer Lärmwirkungsstudie**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag bedankt sich bei den Teilnehmern der Anhörung. Er stellt fest, dass die Bedeutung einer spezifischen Fluglärmstudie für den Flughafen Frankfurt durch diese Veranstaltung nachdrücklich unterstrichen wurde. Die aus der Anhörung gewonnenen Erkenntnisse müssen nun in Handlungen umgesetzt werden, vor allen Dingen im Rahmen der Initiative für eine umfassende Lärmwirkungsstudie für das Rhein-Main-Gebiet. Die Erkenntnisse aus der Anhörung müssen dabei in die Vorarbeiten zur Planung einer solchen Studie einfließen und seitens des Vorstandes und Koordinierungsrates des Forums Flughafen und Region (FFR) und insbesondere des Umwelt- und Nachbarschaftshauses (UNH) Berücksichtigung finden.
2. Der Landtag sieht es als notwendig an, die Belastung der Bevölkerung im Rhein-Main Gebiet durch Fluglärm und dessen gesundheitlichen Auswirkungen zu untersuchen und die Untersuchungsergebnisse der Öffentlichkeit zeitnah zur Verfügung zu stellen. Daneben müssen auch die Belastungen durch andere Lärmquellen im Rhein-Main-Gebiet, insbesondere den Straßen- und Bahnverkehr, aber auch den Lärm am Arbeitsplatz, im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf die Menschen untersucht werden. Insoweit empfiehlt der Landtag einen modularen Aufbau der Studie, damit Handlungsbedarf ohne Zeitverzögerung erkannt und ggf. notwendige Maßnahmen eingeleitet werden können. Dabei müssen auch die Erkenntnisse der Anhörung in das Studiendesign einfließen.
3. Der Landtag hält es für geboten, an der Konzeption dieser einzelnen Module der Studie die Kommunen in der Umgebung des Flughafens, die Bürgerinitiativen und die Luftverkehrswirtschaft im entsprechenden Rahmen zu beteiligen. Er fordert insbesondere die Bürgerinitiativen und die Luftverkehrswirtschaft auf, sich konstruktiv in diese Arbeit einzubringen. Darüber hinaus erachtet es der Landtag als selbstverständlich, ein Gremium ausgewiesener Fachleute zur Qualitätssicherung schon bei der Entscheidung über das Studiendesign und weiterhin während der Erarbeitung der Studien fortlaufend zu beteiligen.
4. Der Landtag begrüßt die Initiative des Umwelt- und Nachbarschaftshauses zur Ausschreibung einer umfassenden Lärmwirkungsstudie für das Rhein-Main-Gebiet. Er hält es in diesem Zusammenhang für wichtig, dass die Untersuchung vor einer Inbetriebnahme der Landebahn Nordwest begonnen wird, um so Veränderungen in der Lärmbelastung durch den Ausbau erkennen zu können.
5. Aus der Lärmwirkungsstudie sollen Handlungsempfehlungen, zum Beispiel hinsichtlich weiterer Maßnahmen des aktiven und passiven Schallschutzes, einer fundierten regionalen Lärminderungsplanung und eines angepassten Siedlungsmanagements abgeleitet werden können.

nen. Wichtiger Bestandteil muss zudem die Prüfung der Auswirkungen auf Kinder und Heranwachsende sein, wobei besonderes Augenmerk den Auswirkungen auf deren Lernfähigkeit gebührt.

6. An der Finanzierung der Studien sollen sich neben dem Land und/oder der Stiftung "Flughafen und Region" auch die betroffenen Kommunen sowie die Fraport AG angemessen beteiligen.
7. Der Landtag begrüßt die Bestrebungen in der Region, durch aktive Schallschutzmaßnahmen die Belastungen für die Bürger zu reduzieren. Diese Anstrengungen müssen unabhängig von der in Auftrag zu gebenden Studie weiter fortgeführt und intensiviert werden. Der Landtag begrüßt, wenn das Forum Flughafen und Region allen Kommunen und über sie allen betroffenen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit bietet, sich aktiv in diesen Prozess einzubringen.
8. Der Landtag stellt fest, dass der Frankfurter Flughafen einen wichtigen Beitrag zum Wohlstand und zur wirtschaftlichen Entwicklung der Rhein-Main-Region und des gesamten Bundeslandes Hessen leistet.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 1. Dezember 2010

Für die Fraktion der CDU
Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Bellino

Für die Fraktion der SPD
Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Rudolph

Für die Fraktion
der FDP
Der stellv. Fraktionsvorsitzende:
Greilich

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Parlamentarische Geschäftsführer
Wagner (Taunus)